

Zur Auflösung
ideologischer Tabus

Schwarz-Grün erweitert Optionen

Hubert Kleinert

Im Frühjahr 2003 erschien in der Theoriezeitschrift der SPD, der *Neuen Gesellschaft*, ein Beitrag des Publizisten Richard Herzinger. Dort war die Rede von einer Neupositionierung in der deutschen Parteienlandschaft. Noch würden zwar schwarz-grüne Gedankenspiele jenseits lokaler Besonderheiten von den jeweiligen Parteiführungen verworfen, doch mit der Auflösung alter ideologischer Frontlinien würden Konturen einer neuen Bündnisperspektive sichtbar, die über kommunale Einzelfälle hinaus eine Bereicherung für die politische Kultur in Deutschland seien. Kiel und Köln, Saarbrücken, aber auch Frankfurt und Kassel wären also nicht die Ausnahmen, sondern Vorboten einer neuen politischen Normalität.

Ist demnach die unverkrampfte Normalität, mit der man heute über Schwarz-Grün redet, schon Ausdruck für eine pragmatische Politik jenseits der Ideologien? Lösen sich alte Lagergrenzen und kulturelle Scheidelinien auf? Ist Schwarz-Grün wirklich ein Modell für die Zukunft? Wie kommt es überhaupt, dass darüber heute ernsthaft nachgedacht werden kann?

Als die Grünen vor etwa einem Vierteljahrhundert entstanden, sah sich die Mehrheit der Gründergeneration als natürlichen Antagonisten der Union. Zwar spielte bei der Entstehung der Partei die Abgrenzung von einer damals von Helmut Schmidt maßgeblich verkörperten Sozialdemokratie eine besondere Rolle, doch der fundamentale Gegensatz zur

Union war so selbstverständlich, dass darüber nicht einmal debattiert wurde. Während der achtziger Jahre gab es bei den Grünen allerhand heftige Auseinandersetzungen über Bündnisstrategien und parlamentarische Kompromissbildung. So heftig dabei auch immer gestritten wurde, die CDU kam beinahe gar nicht vor. Von Einzelmeinungen unter den „Ökolibertären“ abgesehen, stand fest: Das ist der Gegner, ja schlimmer, das ist der Feind. Der steht für fast alles, für das wir nicht stehen. Wenn überhaupt parlamentarische Kooperation und Kompromissbildung, dann allenfalls mit der SPD.

Gefährliche Abirrung?

Dem entsprach die Union: Auch für die große Mehrheit der Unionsanhänger repräsentierten die frühen Grünen eine gefährliche Abirrung des Zeitgeistes, von dem fraglich schien, ob er überhaupt im Rahmen des demokratisch Tolerierbaren und Respektierbaren läge. Rupert Scholz wollte die Grünen 1983 als verfassungsfeindlich verbieten lassen. Als 1985 die erste rot-grüne Koalition in Hessen zustande kam, sah die CDU die Industriescharenweise aus Hessen abwandern.

Mit Rudolf Seiters als Herausgeber erschien 1985 eine Dokumentation über die „Kader der Grünen“, in der die Partei als linksextremistische Vereinigung zur Zerstörung der Staats- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik „enttarnt“ werden sollte. 1984 war es nicht ungewöhnlich, von Unionskollegen im Bundestag

als „geistiger Helfershelfer des Terrorismus“ etikettiert zu werden. Als es zu dem berühmt gewordenen Ausschluss Joschka Fischers von der Bundestagsitzung durch den damaligen Bundestagsvizepräsidenten Richard Stücklen kam, wurden beide in ihrer jeweiligen Anhängerschaft gefeiert. Sie hatten dem enormen Abgrenzungsbedürfnis zweier Kulturen symbolisch Ausdruck gegeben.

Tiefer Generationenbruch

Will man die Tiefe dieses Gegensatzes aus grüner Perspektive verstehen, muss man die politische Prägung ihrer Gründergeneration berücksichtigen. Diese Generation hat ihre ersten politischen Sozialisationserfahrungen direkt oder im Nachklang der 68er-Bewegung gemacht. Diese verstand sich als Opposition zum „CDU-Staat“ – so der Titel eines 1969 erschienenen Buches. Sie unterstellte diesem Staat einen fundamentalen Mangel an gelebter republikanisch-demokratischer Diskurskultur und attackierte heftig eine als „verlogen“ betrachtete Wohlstands- und Leistungsideologie der Älteren. Hinter der an vielen Stellen nur als Fassade wahrgenommenen demokratischen Institutionenkultur lugte aus Sicht dieser neuen Linken ein autoritärer Staat hervor, der – angeblich nur oberflächlich demokratisiert – noch viele Einsprengsel braunen Ungeistes habe. Als Hauptverantwortliche und Hauptrepräsentantin dieser bundesdeutschen Nachkriegsordnung galt die CDU und – schlimmer noch – die CSU. Diese Sicht, die ihren Ursprung in der Tiefe des Generationenbruches Ende der sechziger Jahre hatte, hat das Verhältnis der erst links und dann grün-links geprägten Protestkultur zur Union die gesamten siebziger Jahre hindurch geprägt.

Spiegelbildlich dazu entwickelte sich in der Union das Bild von der neuen Linken. In ihrer Wahrnehmung verschwammen die Grenzen zwischen linker Protestkultur und Terrorismus, zwischen ökolo-

gischen Bürgerinitiativen und militanten Bauplatzbesetzern. Ob Hermann Lübke oder Karl Korn intellektuell anspruchsvoll die diskursive Verflüssigung von Grundwerten des Gemeinwesens aus dem Geist der hessischen Rahmenrichtlinien heraus interpretierten oder Franz-Josef Strauß die geistigen Helfershelfer des Terrorismus am Werke sah – es war ein regelrechter Kulturkampf. Sahen die einen in Richard von Weizsäcker den intellektuellen Exoten in einem tiefschwarzen Verein von Rechten und Reaktionären, war für die Gegenseite die anwachsende Protestkultur das ärgerliche Produkt des von Sozialdemokraten tolerierten Verfalls der Staatsautorität. Entsprechend blieb man sich bis weit in die zweite Hälfte der achtziger Jahre in tiefer Abneigung verbunden. Eine Abneigung, die nicht frei war von Hassliebe: Schließlich waren es ja die eigenen Töchter und Söhne, die so aus der Art geschlagen schienen. Aber die Trennlinie blieb scharf. Entsprechend hermetisch verlief die Grenze zwischen Grün und Schwarz.

Sorge um die Umwelt

Trotz aller wertkonservativen Beiklänge des neu entdeckten Großthemas Ökologie haben sich die Grünen von Anfang an eindeutig als Linkspartei verstanden. Es war sogar wahrscheinlich nicht einmal in erster Linie die Entdeckung der „Ökologie“, die den Erfolg der Grünen ermöglicht hat. Entstanden sind sie vor allem aus dem gesellschaftlichen Konfliktfeld, das die Werteforschung der späten siebziger Jahre als Konflikt von materialistischen und postmaterialistischen Haltungen beschrieben hat. Für die im Wohlstand aufgewachsene Generation der Jungen standen nicht mehr Wirtschaftswachstum und innere Sicherheit im Vordergrund, nicht mehr Pflicht- und Akzeptanzwerte wie Fleiß, Ordnung und Gehorsam, sondern individuelle Entfaltung, Partizipation, kulturelle und ästhe-

Schwarz-grün ist der Aktendeckel des Koalitionsvertrages, den Rolf Bietmann, Fraktionschef der Kölner CDU, und die Grünen-Fraktionsvorsitzende Barbara Moritz am 4. Februar 2003 im Kölner Rathaus unterzeichneten.

© dpa, Foto: Roland Scheidemann



tische Fragen. Ein Wertegerüst, von dem aus dann die Adaption der eigentlich in der Geschichte eher konservativen „Sorge um die natürliche Umwelt“ erfolgte.

Empirische Befunde zeigen, wie sehr gerade die frühen Grünen von dieser radikal-libertären Werteorientierung geprägt waren. Eine Werteorientierung, die einen breiten gesellschaftlichen Resonanzboden hatte, der vor allem die Grünen in die Parlamente geführt hat. Die Grünen wurden die Partei des Postmaterialismus. Hierarchien und Autoritäten waren *out*. Selbstbestimmung und extreme Toleranz waren *in*. Dazu ein bisschen Sozialismus im Sinne gewerkschaftsnaher Umverteilungsprogramme, radikale Zivilisationskritik und die Suche nach Entwicklungspfaden jenseits der bekannten Wachstumsphilosophien, radikale Abrüstung, gepaart mit tief sitzenden Ressentiments gegen Amerika, ein heute naiv anmutendes Ideal von *grass-roots*-Basisdemokratie – das waren die

frühen Grünen. Wichtig waren ebenfalls die Emanzipation der Frauen und die Offenheit gegenüber anderen Lebensformen und sexuellen Orientierungen. Radikalökologisch, pazifistisch, ein bisschen sozialistisch, aber zugleich fundamental-liberal und deshalb nicht-etatistisch – so etwa lassen sie sich beschreiben.

Natürlicher Antipode

Ihr natürlicher Antipode war die Union: Sie war die Partei des Materialismus, der Marktwirtschaft, der Autorität, der klassischen Tugenden. Sie achtete auf Konvention und Moral, auf Nationalstolz und Amerikafreundschaft. Sie warnte vor kultureller „Überfremdung“, betonte die Notwendigkeit verbindlicher Werte und sah sich im Widerstand gegen eine allzu weit reichende gesellschaftliche Libertinage. Die Verfechterin einer wohlhabenden Bürgerlichkeit, die deutschen Aufbaufleiß gegen die vermeintlich verqueren Weltbilder der Jungen zu verteidigen

suchte – so sah sich die Union noch in den achtziger Jahren in ihrem Verhältnis zu den Grünen.

Auch wenn es schon immer Berührungspunkte bei der Besetzung von Begriffen wie Subsidiarität, Dezentralisierung, Entstaatlichung, der zentralen Rolle des Individuums in der Politik gab, lagen diesen Begriffen zugleich unterschiedliche weltanschauliche Vorstellungen vom Menschen, seiner Abkunft und seiner Bindung zu Grunde, vor allem in den jeweiligen Traditionsmilieus beider Parteien.

Veränderungen seit 1989

Seit 1989 hat sich das erheblich verändert. Die Grünen haben sich ebenso verändert wie die Union. Die Gesellschaft hat sich verändert und mit ihr das Parteiensystem und die als vorrangig empfundenen Problemlagen.

Die Gründergeneration der Grünen ist pragmatischer geworden. Sie ist – wie ihre Anhänger – etablierter geworden und steht den Realitäten des Erwerbslebens näher. Die Grünen verfügen inzwischen über eine Vielzahl von Erfahrungen, die realistischere Sichtweisen hervorgebracht haben. Sie sind von einer Partei am Rande der Gesellschaft in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Oft sind die Parteiliten inzwischen sogar pragmatischer als die Anhänger. Die Gründe sind vielfältig. Sie sind aber vor allem das Ergebnis von Biografieverläufen, Erfahrungszuwächsen und politischen Beteiligungschancen. Und sie sind die Konsequenz der eigenen Erfolge.

In einer gegenüber den grünen Gründerzeiten deutlich liberaler gewordenen Gesellschaft mit einer großen Pluralität von Lebensstilen kann auch der grüne Blick auf die Gesellschaft nicht mehr allein vom Ziel der Er kämpfung von Rechten für Minderheiten bestimmt sein. Hinzu kommt eine gewisse politische Identitätsschwäche der Grünen, die sich

mitunter schwer tun, einen eigenen politischen Identitätskern zu definieren.

Die scharfe Konfliktlinie Materialismus/Postmaterialismus, die den Antagonismus CDU/Grüne begründet hatte, hat sich weitgehend aufgelöst oder jedenfalls deutlich gemildert. Den konventionellen Materialisten der siebziger Jahre gibt es heute deutlich seltener wie sein Gegenteil. Insoweit wurzelt die politische Pragmatisierung der Partei auch in ihrer Anhängerschaft.

Umgekehrt haben sich auch die Sozialcharaktere in der CDU verändert. Jüngere Vertreter der Union schleppen nicht mehr das Gepäck des Kulturkampfes gegen die Neue Linke. Sie wirken in Stil und Habitus inzwischen selbst wie die von der Fundamentalliberalisierung der deutschen Gesellschaft beeinflussten Repräsentanten und scheinen ihren Generationengenossen von den Grünen mental mitunter näher zu stehen als den eigenen älteren Parteifreunden.

Mit den Folgen der weltgeschichtlichen Umbrüche nach 1989/90 haben sich die ideologischen Frontlinien verschoben. Wohl bleibt die Links/Rechts-Politgeografie für die Verortung von Menschen wichtig, weil ein duales Deutungsmuster die einfachste Grundform für die Konstruktion eines politischen Raumes darstellt. Sozialismus als positiver Bezugspunkt von Politik ist aber ebenso weitgehend diskreditiert wie das Denken in fundamentalen Systemalternativen überhaupt. Der Staat ist entzaubert.

Dass erstrebenswerte gesellschaftliche Zustände immer nur im Ausgleich zwischen Freiheits- und Gleichheitswerten herstellbar sind, ist Konsens auf allen Seiten. Das Scheitern des Sozialismus hat bei den Grünen stärkere Spuren hinterlassen als in der SPD. In der Wahrnehmung der wichtigsten gesellschaftlichen Problemlagen hat sich eine Angleichung vollzogen.

Das Links-Rechts-Koordinatensystem funktioniert noch, aber die libertäre Um-

deutung des Links-Begriffes hat sich nach 1989 beschleunigt. Vor allem die Grünen reklamieren einen eher linksliberalen Freiheitsbegriff. Das erleichtert den Umgang zwischen Union und Grünen, weil eine libertäre Linke, die sich nicht über Staatswirtschaft oder starke Beschränkung der Privatinitiative im Wirtschaftsleben definiert, für die Union leichter zu akzeptieren ist.

Entdeckung der Marktwirtschaft und Wertewandel

Die Grünen haben auf breiter Front die Marktwirtschaft entdeckt. Wirtschaftliche Freiheit ist für sie Voraussetzung für wirtschaftliche Dynamik und sozialen Ausgleich – hier gibt es keine fundamentalen Differenzen zwischen Union und Grünen in Kernfragen der Wirtschafts-, Finanz- und teilweise auch in der Sozialpolitik, allenfalls graduelle.

Unter den Jungen fehlt auf beiden Seiten das kulturell verankerte Feindbild. Man definiert die politischen Konkurrenten weniger ideologisch und versteht sich selbst eher als Macher. Wie überhaupt Politik mehr als Beruf denn als Berufung gesehen wird. Die Grünen sind für die jüngeren Deutschen eine ganz normale etablierte Partei. Manche finden sie sogar habituell zu etabliert. Für die Älteren haben sie sich in anerkannter Weise gemäßigt.

Der Generationenwechsel in der CDU hat auch das Verhältnis zu den Grünen entspannt. Die heutige CDU-Führung hat keine Rechnungen mit der 68er-Kultur offen. Zwar hat man in den Reformuniversitäten der siebziger Jahre auf der anderen Seite gestanden, dafür ist einem heute die Linkskultur von damals vertrauter.

Der Wertewandel hat auch die CDU erfasst. Die Beispiele dafür sind zahlreich: Frauenpolitik und die Rolle von Katharina Reiche in Stoibers Wahlkampfteam, Minderheitentoleranz und die Akzeptanz

von offener Homosexualität. Mancher Grüner beurteilt umgekehrt die christlichen Kirchen freundlicher als früher. Und während Grüne inzwischen auch schon mal den „Sekundärtugenden“ huldigen, greift in der CDU eine gewisse Formlosigkeit um sich. Es gibt kaum noch ein Thema, an dem Wertekonflikte in einem Entweder-oder-Schema ausgetragen werden. Und wenn dies doch einmal geschieht, handelt es sich meist um eine ob des politischen Alltagskampfes künstlich aufgeblähte Kontroverse.

Entsprechend pragmatisiert hat sich die Bündnisfrage. Aus der kulturell verankerten Unmöglichkeit wird Zug um Zug eine nicht unbedingt nahe liegende, aber auch nicht mehr auszuschließende Möglichkeit. Die mitunter zwanghafte Abgrenzungsrhetorik des politischen Tagesgeschäftes mag das gelegentlich über-tünchen. Aber im Grunde sind inzwischen alle vier Bundestagsparteien im Prinzip miteinander koalitionsfähig.

Optionen erweitern

Die Union braucht die Grünen, um ihre machtpolitischen Optionen zu erweitern. Genauso aber brauchen die Grünen die Union, weil ihre babylonische Gefangenschaft an der Seite der SPD machtpolitisch natürlich ein schweres Handicap ist. Die Existenz einer Alternative muss ihre politischen Durchsetzungschancen erheblich vergrößern.

Gewiss: Im Bund und in den Ländern ist der Weg zu Schwarz-Grün noch weit. Differenzen gibt es vor allem in der Ausländerpolitik und in Fragen der inneren Sicherheit. Stellt man sich die Grünen ohne Fischer vor, kann es auch in der Außen- und Verteidigungspolitik schwierig werden. Die Umweltpolitik bleibt heikel, weil die Union bei aller bemühten Offenheit keinen neuen Klaus Töpfer hat und die Abwägung zwischen Ökonomie und Ökologie im Zweifel schnell zu Ungunsten der Ökologie ausfällt.

Gewachsen sind die Berührungspunkte in der Sozialpolitik. Die Abgrenzungsrituale der Berliner Koalition gegenüber dem vermeintlichen „Neoliberalismus“ der Herzog-Kommission verdecken das mehr, als es in der Sache gerechtfertigt ist. Themen wie Globalisierung und demographischer Wandel sind von Teilen der grünen Eliten früher und ernsthafter aufgenommen worden als von den Sozialdemokraten. Starke Berührungspunkte gibt es in der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Zur Stammzellenforschung gab es bereits schwarz-grüne Kooperationen.

Erst wenn Schwarz-Grün als Option enttabuisiert ist, sind die Grünen endgültig in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Alle Parteien wären miteinander koalitionsfähig, und die Grünen würden ihre strategischen Chancen unabhängig von der SPD erheblich erhöhen. Für eine Parlamentspartei, die nicht Weltanschauungspartei ist, ist es nur konsequent, so zu agieren.

Auch für die CDU liegt die Erweiterung ihres Spektrums an Koalitionspartnern angesichts der unsicheren Zukunft der FDP im ureigensten Interesse. Freilich ist ungewiss, wohin diese Union strebt: Da finden sich Schwarz-Grüne und Wirtschaftsliberale, Nationalkonservative und Christlich-Soziale. Wohin die Reise gehen wird, erscheint zurzeit keineswegs geklärt. Hier liegen Risiken, zumal strategische Optionen häufiger als inhaltliche Fragen zum Auslöser für Konflikte und Machtwechsel werden. Es war kein Zufall, dass der Aufschwung von Rot-Grün in den achtziger Jahren mit dem Generationenwechsel in der SPD zusammenfiel.

Überregionale Vermittelbarkeit

Die überregionale Vermittelbarkeit von Schwarz-Grün in den jeweiligen Wählerschaften ist fraglos das Haupthindernis für solche Bündnisse. Denn die gemessene

Anhängerschaft für Schwarz-Grün beträgt bundesweit kaum mehr als zehn Prozent. Hier liegt ein folgenreicher Unterschied zur Kommunalpolitik. Sie wird vom Wähler weit mehr als „Sachpolitik“ gesehen und entsprechend weniger ideologisiert.

Bei grünen Kommunalpolitikern, vom Dauerstress mit anstrengenden Sozialdemokraten aufgerieben, ist die Offenheit gegenüber Schwarz-Grün oft deutlich höher als bei ihren Wählern. Dort, wo es Schwarz-Grün bereits gab, überwiegen die positiven Rückmeldungen. Während in der Zusammenarbeit mit der SPD häufig ein Näheproblem besteht, erleichtert die größere Distanz zur CDU offenbar den Umgang miteinander.

Übertragbar sind kommunale Erfahrungen schon aufgrund der unterschiedlichen Kommunalverfassungen nicht. Ausstrahlung haben sie gleichwohl: Denn je mehr schwarz-grüne Kommunalbündnisse existieren, desto größer sind mögliche überregionale Konsequenzen. Deshalb wird es irgendwann in nicht allzu ferner Zukunft das erste Bündnis auf Länderebene geben.

Wann das sein wird, ist vor allem von zwei Faktoren abhängig: Vom Schicksal der Bundesregierung und von der Entwicklung der FDP. Gut möglich, dass wir mittelfristig wie in Weimar und im Kaiserreich zwei liberale Parteien haben werden: eine wirtschaftsliberale (FDP) und eine linksliberale (GRÜNE). Auf absehbare Zeit steht die FDP der CDU zwar näher, aber die Eigenheiten des bundesdeutschen politischen Systems werden früher oder später die erste schwarz-grüne Länderkoalition hervorbringen.

Am einfachsten erscheint der Weg dahin derzeit im Saarland. Aber auch in Rheinland-Pfalz ist er denkbar. Noch liegt über allem der Mehltau von Berlin. Aber kommen wird sie, die erste schwarz-grüne Regierung.